

Anlage 9

Haushaltsrede Stadt Dortmund / Die Rechte

16.12.2021

Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
liebe Bürger

zunächst darf ich der Verwaltung -ungeachtet meiner nachfolgenden kritischen Anmerkungen- meinen Dank für die Aufstellung des Haushaltes bzw. der damit verbundenen Arbeit aussprechen.

Allerdings werde ich als Vertreter der Partei DieRechte dem Haushalt auch in diesem Jahr nicht zustimmen. Zu viele Positionen der Ausgabenseite sind das Resultat einer verfehlten Politik in Bund, Land und Kommune, die nunmehr auf die Kreise, Städte und Gemeinden zurückschlägt und auch unser Dortmund nicht verschont.

Grundsatz nationalistischen Wollens ist, dass sich das Handeln politisch verantwortlicher Organe in erster Linie am Interesse und am Wohle der einheimischen Bevölkerung orientieren muss. Damit sind auch alle Ausgaben öffentlicher Stellen und somit auch der Haushalt der Stadt daran zu messen, ob diese Ausgaben den Interessen und dem Wohle der einheimischen Bevölkerung zugutekommen.

Dies gibt dieser Haushalt nicht her. Auch, wenn das Zahlenwerk äußerlich einen im Vergleich zu anderen Haushalten passablen Eindruck macht, darf doch nicht übersehen werden, dass die Haushaltslage insgesamt keinen Grund zur Begeisterung gibt.

Dafür hat nicht nur die Corona-Pandemie und der mit ihr verbundene Irrsinn, sondern auch die nun ehemalige Kanzlerin dieser Republik mit ihrem Goldstück-Anhang gesorgt. Schließlich wird auch dieser Haushalt wieder unter den unterschiedlichsten

Positionen mit Ausgaben belastet, die der Asyltsunami ausgelöst hat. Die hierdurch verursachten Kosten werden dem Steuerzahler und damit jedem einzelnen Bewohner auch der Stadt Dortmund auferlegt.

Ob es um Wohnraum, Erstausrüstung, Sozialhilfe, Sprach- und Integrationsförderung, Kitaplätze oder die Kosten für Sicherheit auf Straßen und Plätzen geht, durch den Zuwachs an Menschen, die keinen Aufenthaltstitel in unserem Land zu erwarten haben, werden Kosten erzeugt. Diese Kosten müssen von jenen Bürgerinnen und Bürgern gestemmt werden, die teils mit Zweit- und Drittjobs zum volkswirtschaftlichen Ertrag durch direkte und indirekte Steuern sowie gemeindlichen Abgaben und Gebühren beitragen. Eine Entlastung des Einzelnen kann aber nur dann erfolgen, wenn sich die Ausgaben des Gemeinwesens auf das beschränken, was seine Aufgabe ist. Die Alimentierung von Asylforderern aus allen Teilen der Welt, einschließlich der Folgekosten, kann den Bürgerinnen und Bürgern jedoch nicht auferlegt werden.

Zudem wird die Corona-Krise und die mit ihr verbundenen Folgen, begünstigt durch eine völlig verfehlte Maßnahmenpolitik der unüberlegten Schnellschüsse, dazu führen, dass die wahren Ausmasse erst nach und nach erkennbar sein werden. Schon jetzt hat die Politik der etablierten Versagerparteien aber dazu geführt, daß viele Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben, Unternehmen in die Insolvenz gegangen sind, oder kurz davor stehen. Hier müsste es Aufgabe der Stadt bzw. der Verantwortlichen sein Vorsorge zu treffen und bereits Hilfspakete für die nächsten Jahre zu schnüren.

Aus nationalistischer Sicht sind Gelder zum Nutzen des eigenen Volkes zu verwenden. Hierbei sind insbesondere die aus den diversen Gründen sozial oder gesundheitlich Benachteiligten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu berücksichtigen.

Bei der Gesamtbetrachtung muss ich als Vertreter der nationalen Opposition in diesem Haus den vorgelegten Haushalt einmal mehr als unausgewogen, unsozial und an der Realität vorbei ablehnen.

Ich bedanken mich für Ihre Aufmerksamkeit.